

Porträt: Cornelia Ruhkemper (SPD)



Dass Cornelia Ruhkemper, die 61-jährige Vizevorsitzende des Landtagsausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sich in einer Partei engagieren und in der Politik mitmischen würde, das war schon von Geburt an vorbestimmt. Sie kommt aus einem politischen Elternhaus, ihr Vater war Mitglied der damals noch eigenständigen Industriergewerkschaft Bergbau und Energie, ihre Mutter war in der Kommunalpolitik aktiv und gehörte der Stadtschulpflegschaft in Bottrop an. Schon als Jugendliche ging Cornelia Ruhkemper gelegentlich mit ihren Eltern zu den Versammlungen des SPD-Ortsvereins Bottrop-Stadtmitte. Was damals noch Schnupperkurs genannt wurde, heißt heute Gastmitgliedschaft. Im Alter von 22 Jahren wollte sie dann nicht nur zuhören, sondern auch mitdiskutieren und entscheiden und trat in die Partei ein. Dass es eine Entscheidung für das Leben sein sollte, hatte ihr Vater klargestellt. Aus zwei Organisationen trete man nicht aus, hatte er seiner Tochter mit auf den Weg gegeben, aus der Gewerkschaft und aus der Partei.

In der SPD machte Ruhkemper Karriere, in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), im Ortsverein und ab 1994 auch im Bottroper Stadtrat. Sie war Sachbearbeiterin beim Kreiswehersatzamt Düsseldorf, in der von Männern geprägten und eher konservativ angehauchten Welt der Bundeswehr erntete sie manch skeptischen Blick, wenn ihr politisches Engagement bekannt wurde. Nach der Kommunalwahl 1999 wurde sie in Bottrop zur Bürgermeisterin gewählt, in der SPD übernahm sie 2005 die Aufgabe einer stellvertretenden Vorsitzenden des Unterbezirks Bottrop.

Als der damalige Bottroper SPD-Vertreter im Landtag, Klaus Strehl, nach vier Legislaturperioden nicht wieder antrat, fragte er

als erstes Cornelia Ruhkemper, ob sie nicht seine Nachfolge antreten wolle. Nach einer Woche intensiven Nachdenkens stimmte sie zu, wurde von ihrer Partei aufgestellt und gewann ihren Wahlkreis. Beeinflusst wurde ihre Entscheidung für den Wechsel nach Düsseldorf dadurch, dass ihr Lebensgefährte 2005 erfolgreich als Oberbürgermeister in Bottrop kandidierte und nicht beide Partner in der städtischen Politik aktiv sein wollten. Strehl riet ihr, sich im Bereich Umwelt- und Naturschutz im Landtag zu engagieren. Ihre politische Konkurrentin Barbara Wischermann von der CDU, die 2005 auch nicht mehr angetreten war, gab ihr die Empfehlung, in den Petitionsausschuss zu gehen, den die CDU-Politikerin zuletzt geleitet hatte.

Beiden Ratschlägen ist Ruhkemper gefolgt und hat ihre Entscheidung nicht bereut, wobei sie kein Hehl daraus macht, dass ihr die Arbeit im Petitionsausschuss, dem Kummerkasten des Landtags, oft mehr Freude macht als die im Agrar- und Umweltausschuss, die gelegentlich doch recht trocken sein könne. Und als typischem Kind des Ruhrgebiets sind ihr die Sorgen und Nöte der einfachen Bürger, die im Petitionsausschuss zur Sprache kommen, manchmal auch näher als die Probleme der Landwirte.

Tochter eines Bergmanns

Dass Opposition Mist sei, wie ihr ehemaliger Parteivorsitzender Franz Müntefering einmal gesagt hatte, kann Ruhkemper nicht uneingeschränkt bestätigen. Als sie im Sommer 2005 in das Landesparlament einzog, war ihre Partei nach fast 40 Jahren wieder auf die Oppositionsbänke verbannt worden, und in der arg zusammengeschmolzenen Fraktion herrschte großes Wehklagen. Frustrierend sei es schon gewesen, dass nichts von dem, was sorgfältig erarbeitet worden war, im Landtag eine Mehrheit fand, erinnert sie sich, „aber wir haben uns in der Zeit auch inhaltlich gut weiterentwickelt. Es war ein Atemholen für die Zukunft.“

Ein wenig Wehmut befällt die Tochter eines Bergmanns, wenn sie an das Jahr 2018 denkt, in dem das Bergwerk Prosper-Haniel als letztes in der einstigen Zechenstadt Bottrop dicht gemacht wird. Aber ihr ist auch klar, dass der Prozess nicht aufzuhalten ist, dass in wenigen Jahren in Deutschland keine Steinkohle mehr abgebaut wird. Doch sie ist überzeugt, dass der RAG-Konzern, eines der Nachfolgeunternehmen der früheren Ruhrkohle, gut genug aufgestellt ist, um die Herausforderungen zu bewältigen, und dass ihre Heimatstadt den Einschnitt „einigermaßen hinkriegt“.

Peter Jansen

Verdienstorden an Jürgen Rüttgers

Für seine Verdienste um die deutsch-polnische Aussöhnung und Zusammenarbeit ist der frühere NRW-Ministerpräsident Prof. Dr. Jürgen Rüttgers mit dem Verdienstorden der Republik Polen ausgezeichnet worden. Der polnische Generalkonsul Jan Sobczak überreichte ihm die Auszeichnung am 1. Dezember 2015 im Empfangsraum des Landtags. Er würdigte das persönliche Engagement und die Leistungen des CDU-Politikers, u.a. um den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Prof. Dr. Rüttgers ist einziges deutsches Mitglied im Stiftungsrates der Auschwitz-Birkenau Foundation. Der Geehrte bedankte sich für die Auszeichnung. Zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau sagte er, es sei wichtig, die Zukunft auf der Vergangenheit aufzubauen und eine Erinnerungskultur zu pflegen, auch mit Blick auf eine Zeit, in der es keine Zeitzeugen mehr geben werde. Prof. Dr. Rüttgers war von 2000 bis 2012 Mitglied des Landtags und von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes.

Strategien gegen Radikalisierung

Wie können lokale Ebenen in Europa extremistische Tendenzen bekämpfen? Mit diesem – nach den Terroranschlägen von Paris brandaktuellen – Thema befasst sich derzeit der Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarats. Auf seiner Sitzung vom 20. bis 22. Oktober 2015 in Straßburg verabschiedete der Kongress ein Grundsatzpapier, an dem der Landtagsabgeordnete Josef Neumann (SPD), Vizepräsident des Current Affairs Committee des KGRE und Berichterstatter zum Thema Radikalisierung junger Menschen, mitgearbeitet hatte.

Das Grundsatzpapier sieht nach Angaben von Neumann Leitlinien zur Verhütung von Radikalisierungen in Städten und Gemeinden vor. In dem Papier heißt es demnach, dass sich solche Radikalisierungen vor Ort entwickeln und auch regional und lokal bekämpft werden müssten. Der Kongress setzt dabei auf die europäische Zusammenarbeit und einen Austausch über Strategien und Best-Practice-Beispiele aus Gemeinden, Städten und Regionen. Als Instrumente im Kampf gegen die Radikalisierung von Jugendlichen werden u.a. Aussteigerprogramme und lokale Sicherheitspartnerschaften genannt. Prävention, Repression und Reintegration müssten ineinandergreifen. Der KGRE ist eine Institution des Europarats. Seine 636 Mitglieder (Kommunalpolitiker, Bürgermeister oder regionale Mandatsträger) vertreten 200.000 Gebietskörperschaften aus 47 Staaten.